

SOZIALDEMOKRATIE

Grenzenlos oder gar nicht

Die Sozialdemokratie kann nur überleben, wenn sie europäisch wird

VON Stefan Collignon | 05. November 2009 - 07:00 Uhr

© Fredrik von Erichsen/ dpa

Die SPD steht nach dem Debakel bei der Bundestagswahl ziemlich verloren da

Glückliche SPD. Dreiundzwanzig Prozent, immerhin drei Punkte mehr als bei der Europawahl in Juli, hat sie bei der Bundestagswahl erreicht. Es hätte auch noch viel schlimmer kommen können. In Frankreich schafften die Sozialisten für das EU-Parlament gerade noch 16,5 Prozent. Gordon Browns britische Labour Party fiel auf 13,3 Prozent, in Polen sind die Sozialdemokraten mit 12,3 nahezu von der politischen Bühne verschwunden, und selbst in der schwedischen Hochburg schafft die Arbeiterpartei nicht mehr als 24,4 Prozent. Kurz, die Sozialdemokratie ist europaweit in der Krise.

Es gibt viele kluge Analysen über »das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« (Dahrendorf): Inkompetentes Personal, Auflösung der Arbeiterklasse, Abkoppelung der Armut aus gesellschaftlichen Zusammenhängen, neue Kommunikationsstrukturen, das Ende der ideologischen Vielfalt. Jede dieser Erklärungen beleuchtet einen wichtigen Einzelaspekt. Aber im Hintergrund wirken die ökonomischen Kräfte der Globalisierung und Europäisierung, die das Modell der europäischen Sozialdemokratie zunehmend infrage stellen.

Die Sozialdemokratie lieferte eine Antwort auf die gesellschaftlichen Transformationen im Gefolge der Industrialisierung im späten 19. und im 20. Jahrhundert: Emanzipation und individuelle Freiheit nicht nur im formalen Sinne des Liberalismus, sondern als materielle Realität, garantiert durch einen Sozialstaat, der dem Einzelnen dient, Chancengleichheit gewährleistet, Vielfalt fördert und Bürgern aus benachteiligten Schichten ein würdevolles Leben ermöglicht. Der Schlüssel zu diesem Projekt waren der demokratische Staat, Keynesianismus die zugehörige Wirtschaftstheorie.

Heute scheint dieses Projekt gescheitert. Warum? Es lag nicht an der Überforderung der Wirtschaft durch zu hohe Steuern und unmäßige Umverteilung. Das sozialdemokratische Projekt ist nicht an sich selbst gescheitert, sondern an den Bedingungen einer Weltwirtschaft, in die es eingebettet war. Niemand hat diese Gefahr klarer erkannt als Helmut Schmidt, der alles tat, um das deutsche Modell einer sozialen (und sozialdemokratischen) Marktwirtschaft in einer sich rasch verändernden globalen Wirtschaft zu stabilisieren.

Die neue Herausforderung heißt Globalisierung. Technologischer Fortschritt hat die Kosten für Kommunikation und Transport dramatisch gesenkt und für viele Bereiche einen globalen Markt geschaffen. Hinzu kommt ein Finanzsystem, dessen hohe Krisenanfälligkeit

sozialdemokratische Wirtschaftspolitik systematisch unterminierte. Parallel dazu stieg der Neoliberalismus zur ideologischen Alternative auf. Umverteilung wurde zum Tabu, der Begriff »Freiheit« auf seine ökonomische Dimension verkürzt, Forderungen nach Gleichheit wurden ignoriert.

Kein Zweifel, Deregulierung, Freihandel und neue Märkte in den Schwellenländern boten neue Chancen für Wirtschaftswachstum, mehr Wohlstand und neuen Reichtum. Zwischen 1981 und 2001 ist der Anteil der Menschen in der Welt, die in Armut leben, von 1,5 auf 1,1 Milliarden, das heißt von 40 auf 21 Prozent der Weltbevölkerung gesunken. Zugleich jedoch verzerrte die Verteilung des neu gewonnenen Wohlstands die Einkommensrelationen in der Welt und nahm die Zerstörung der Umwelt zu.

Nach einigem Zögern ist auch Europa auf diesen Zug aufgesprungen. Die Europäische Einheitsakte schuf 1986 den europäischen Binnenmarkt mit weitgehender Freiheit für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte. In einem großen Binnenmarkt konnten Firmen Kosten sparen und der Konkurrenz aus dem Rest der Welt trotzen. Sozialdemokraten, von Jacques Delors bis Gerhard Schröder, haben sich diesen Argumenten angeschlossen. Zu Recht, denn die Alternative hieße Stagnation und Massenarmut, nicht Wohlstand für alle.

Im neoliberalen Zeitalter jedoch fehlte die Einsicht, dass eine globalisierte Weltwirtschaft und ein integrierter europäischer Binnenmarkt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer schaffen. Während große Firmen Arbeitskräfte entließen, um Kosten zu sparen und ihre Renditen zu steigern, nahm der Druck auf kleine Unternehmen zu. Ihre Gewinnmargen schmolzen dahin, Lohnerhöhungen wurden unmöglich. Das sozialdemokratische Projekt verlor seine Grundlage. Der Nationalstaat eignet sich nur als Umverteilungsinstrument, wenn er die Ursachen der Ungleichheit kontrollieren kann. Aber der europäische Binnenmarkt hat seine eigene Dynamik. Wenn soziale Verwerfungen und Ungleichheit in grenzüberschreitenden Wirtschaftsbranchen entstehen, kann der Nationalstaat nicht korrigieren. Die Antwort auf ungleiche Entwicklung im europäischen Binnenmarkt muss europäische Marktregulierung sein. Seit dem 19. Jahrhundert weiß die Wirtschaftstheorie, dass die Entschädigung von Verlierern durch Gewinner die Wohlfahrt jedes Einzelnen steigert. Mit anderen Worten, Europa braucht eine eigene Regierung, die die Dynamik der Ungleichheit bekämpft, um den Wohlstand zu sichern.

Diese Lösung leuchtet nicht allen ein. Die extreme Linke fordert, es müsse Schluss sein mit Globalisierung und Europa. Sie stimmte gegen den Lissabonner Vertrag, weil sie glaubt, man könne zum alten nationalstaatlichen Wohlfahrtsmodell zurückkehren. Konservative auf der Rechten dagegen wollen den freien Markt erhalten, aber seine soziale Sprengkraft durch Unterordnung der Freiheit des Einzelnen unter Hierarchie und Paternalismus einschränken. Beide Politikmodelle sind zum Scheitern verurteilt. Sie sind der Weg zurück zu »geschlossenen Gesellschaften«, in denen Innovation und Kreativität verkümmern und wirtschaftliche Stagnation zum Dauerthema wird.

Moderne sozialdemokratische Politik muss heute europäisch sein, will sie die durch den Binnenmarkt verursachte Ungleichheit korrigieren. Sie muss darüber nachdenken, wie Fairness und Gerechtigkeit im europäischen Binnenmarkt hergestellt und Umverteilung über die Grenzen des Nationalstaates hinaus möglich werden kann. Sie darf nicht nur ein soziales Europa fordern, sie muss sich auch die Instrumente erobern, mit der sie dieses Europa schaffen will.

Die heutige EU ist dazu nicht in der Lage, selbst mit ratifiziertem Vertrag von Lissabon. Diese Erkenntnis ist ein wesentlicher Faktor in der wachsenden Europamüdigkeit, ja Feindlichkeit, die sich in allen Mitgliedsstaaten zeigt. Der Grund ist einfach: Europäische Politik wird von nationalen Regierungen gemacht. Es gibt keine europäische Regierung, die den gemeinsamen Willen der Europäer ausdrückt. Und deshalb gibt es auch keine europäischen Debatten, wie die Verlierer in das europäische Erfolgsmodell integriert werden könnten.

Wenn Europas Sozialdemokratie überleben und eine gerechtere Welt schaffen will, muss sie in Europa mehr Demokratie wagen. Glücklicherweise hat die deutsche SPD ihren europäischen Freunden bereits den Weg gewiesen. In ihrem Grundsatzprogramm von 2007 fordert sie: »Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.« Es ist Zeit, diesen Worten Taten folgen zu lassen.

Stefan Collignon ist Professor für Europäische Ökonomie an der London School of Economics.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 05.11.2009 Nr. 46
ADRESSE: <http://www.zeit.de/2009/46/op-ed-SPD>